digte das Protokoll an, so können die stummen Wände für ihn kein Zeugnis abgeben."

Sicher: Daß die Stasi-Akten manipuliert oder gar gefälscht worden sind, ist nur in seltenen Fällen anzunehmen. Auch mag das innere Kontrollsystem der Stasi effektiv genug gearbeitet haben, um die Zuverlässigkeit der Informanten und die Richtigkeit ihrer Informationen zu gewährleisten. Die Beweiskraft der Akten läßt sich jedoch gültig erst dann beurteilen, wenn die Verfasser von Vermerken bekannt, die Situation der Auskunftserteilung aufhellbar, Geber und Nehmer der Auskunft befragbar geworden sind. Dies gilt nicht nur für den Nachweis der Schuld, sondern – was ebenso wichtig ist – für die Feststellung über das Maß der Schuld.

Das Stasi-Unterlagen-Gesetz verpflichtet den Bundesbeauftragten, die ihm offenbar gewordenen Anhaltspunkte für die offizielle oder inoffizielle Stasi-Mitarbeit einer Person der „zuständigen" Stelle zu übermitteln – und zwar nicht nur an öffentliche Stellen, sondern auch an private Verbände, Betriebe und politische Parteien. Die Mitteilung muß der Aktenverwalter machen, sobald er „feststellt", daß eine Person „hauptamtlich oder inoffiziell für den Staatssicherheitsdienst tätig gewesen ist" und die Person bei den Adressaten der Information eine leitende Funktion einnimmt.

Ein Verfahren zur „Feststellung" der Stasi-Zugehörigkeit und des Maßes der Mitarbeit, welches die Rechte des Betroffenen durch Vernehmung von Zeugen oder auch nur durch seine vorherige Anhörung vor einer neutralen Instanz wahrt, ist im Gesetz nicht vorgesehen. Die „Feststellung" der Stasi-Zugehörigkeit trifft der Bundesbeauftragte allein nach Lage der Stasi-Akten.

Angesichts der Schwere des Vorwurfs und der zweifelhaften, jedenfalls überprüfungsbedürftigen Beweiskraft von Urkunden ist das ein rechtsstaatlich unerträglicher Zustand. Und die Auseinandersetzungen um Heinrich Fink, Käthe Woltemath und auch Sascha Anderson geben einen Vorgeschmack auf das, was uns erst bevorsteht, wenn der Bundesbeauftragte beginnt, die Informationswünsche aller Opfer zu befriedigen.

Niemand kann den Opfern verübeln, daß sie durch genaues Aktenstudium Klarheit gewinnen wollen, was die Stasi mit ihnen getrieben hat. Doch ohne ein justizförmiges Verfahren, in welchem der Vorwurf der Stasi-Zugehörigkeit und das Maß der Mitarbeit einer Person überprüft sowie das Gebot rechtlichen Gehörs strikt beachtet wird, werden die Folgen für den Rechtsfrieden verheerend sein. Wenn die Opfer über die Täter richten, beginnt die Barbarei.

SPD

Völlig sinnlos

Die Sozialdemokraten geben sich ihrer Lieblingsbeschäftigung hin: Sie streiten um den nächsten Kanzlerkandidaten.

Helmut Kohl berichtete kürzlich den Delegierten des Münchner CSU-Parteitages von der wundersamen Wandlung der SPD: „Früher haben sich die Sozialdemokraten gestritten, wer Kanzlerkandidat wird. Heute bezichtigen sie sich gegenseitig, wer es werden muß."

Kohl hat recht.



Oppositionsführer Klose
„Die SPD muß lernen, gewinnen zu wollen"

Für Wirbel sorgt vor allem der neue Fraktionsvorsitzende Hans-Ulrich Klose. Er, der so gern leise spricht und nachdenklich dreinschaut, bombardiert den eigenen Verein und das staunende Publikum mit immer neuen Einfällen, wie die SPD möglichst rasch und spektakulär ihren nächsten Kanzlerkandidaten küren soll. Klose legt sich ins Zeug, als stünde die Bundestagswahl nicht erst in drei Jahren an.

Jüngste Kopfgeburt des einstigen Hamburger Bürgermeisters: Die Traditionspartei SPD möge den nächsten Herausforderer des Kanzlers per Urwahl durch die Mitglieder bestimmen lassen. Damit es in den Medien ordentlich rummelt, soll der Kandidat nach dem Beispiel amerikanischer Präsidentschaftsbewerber durch die Lande tingeln und sich von Bayern bis Mecklenburg-Vorpommern Vorwahlen stellen.

Ob an der Urne im heimischen Ortsverein, auf besonderen Veranstaltungen oder per Briefwahl – Hauptsache, der nächste rote Spielführer wird mit Klamauk gekürt, von Bürgern mit und vielleicht sogar von solchen ohne Parteibuch. Showmaster Uli: Es könne doch wohl nicht angehen, daß die Sozialdemokraten ihren Kandidaten nach dem Kinderabzählvers „Ene meene muh, und raus bist du" ausdeute.

SPD-Bundesgeschäftsführer Karlheinz Blessing findet den Wahlvorschlag einfach „prima". Er sieht der alten Tante SPD neue zahlende Mitglieder scharenweise zuströmen: „Wer Engholm wählen will, muß in die SPD eintreten."

Vielleicht hat sich der Novize in der Bonner Baracke zu früh gefreut.

Kloses Idee ist nicht ganz neu. Bereits vor der Bundestagswahl 1987 hatten der damalige Bundesgeschäftsführer Peter Glotz und sein Vize Wolfgang Clement vorgeschlagen, Bewerber für Mandate und Listenplätze durch Mitglieder statt durch Delegiertenversammlungen wählen zu lassen. Doch der SPD-Vorstand wollte nichts von der Neuerung wissen.

Klose greift den Gedanken wieder auf. Er will Partei und Öffentlichkeit monatelang unterhalten, die Mitglieder motivieren und der Regierung die Vorherrschaft in den Medien streitig machen. Ihm liegt daran, seine Truppe aus der Lethargie zu reißen und der allgemeinen Parteiverdrossenheit entgegenzuwirken.

„Die SPD muß noch lernen, gewinnen zu wollen. Wenn es kein anderer tut, muß ich es tun", verkündete der Fraktionschef selbstbewußt.

Wer wie Klose gewachsene Hierarchien, Privilegien und Strukturen aufbrechen will, der löst, so weiß Vordenker Peter Glotz aus Erfahrung, eine „Kulturrevolution" aus.

Ob eine große Volkspartei wie die SPD die Nominierung ihrer Würdenträger gewählten Delegierten überträgt oder sie nach Art der Grünen und Alternativen basisdemokratisch ausgucken läßt, sei allerdings nicht beiläufig abzuhandeln. „So etwas kann nur ein Parteitag beschließen", folgert Glotz. „Der



Sozialdemokraten Lafontaine, Engholm, Rau*: Subtiler Terror gegen den Parteivorsitzenden

Glaube, die Urwahl übers Knie brechen und bereits den nächsten Kandidaten so bestimmen zu können, geht an der Wirklichkeit der SPD vorbei."

Die ersten Reaktionen prominenter Sozialdemokraten reichten von „gut und interessant" (Berlins Landesvorsitzender Walter Momper) bis zu „Entsetzen" (der nordrhein-westfälische Fraktionsvorsitzende Friedhelm Farthmann).

Die Urwahl führt nach Ansicht des saarländischen Fraktionschefs und früheren SPD-Wahlkampfleiters Reinhard Klimmt zu „totaler Unverbindlichkeit" und lasse „die Eignung des Kandidaten außen vor". Klimmt: „Hier wird doch der Herausforderer des Kanzlers, nicht der Sportler des Jahres gewählt."

Klimmts bayerischer Kollege Karl-Heinz Hiersemann schimpfte: „Ein Schritt hin zu mehr Persönlichkeitskult."

Der hessische Landesvorsitzende Hans Eichel hält Kloses Idee für „völlig sinnlos". Die Partei würde „für ein dreiviertel Jahr gelähmt". Ein „durchgängiges Delegiertensystem" könne sehr wohl den Willen der Partei ausdrücken.

Die Kür nach altem Muster erspart überdies Kosten und vermeidet Risiken: Eine Briefwahl würde, inklusive Rückporto, rund zwei Millionen Mark verschlingen. Die Prozedur könnte zudem gut in einer Blamage enden. Denn selten gehen mehr als zehn Prozent aller Mitglieder zu den Sitzungen in ihre Ortsvereine.

Dagegen bestreitet der baden-württembergische Oppositionsführer Dieter Spöri dem Vorschlag nicht „den Charme des ersten Blickes". Ein „Stück neuer politischer Kultur" könne daraus erwachsen; „plebiszitäre Elemente" würden gestärkt. Und von mehr innerparteilicher Demokratie träumen viele Sozialdemokraten ja schon lange.

Auch Eichels Stellvertreterin Heidemarie Wieczoreck-Zeul läßt sich durch Pragmatismus nicht beirren: „Urwahl ist prinzipiell vernünftig und geeignet, das Engagement der Genossen an der Basis zu stärken. Denn das Gefühl, daß die an der Spitze alles ausmauscheln, ist sehr verbreitet."

Das frühe Getöse um die Schlachtordnung in einem drei Jahre fernen Wahlkampf irritiert zunehmend die SPD-Führung, vor allem die ehemaligen Kandidaten Oskar Lafontaine und Johannes Rau. Beide glauben, daß ihre Niederlagen in den Jahren 1987 und 1990 mit der verfrühten Ausrufung ihrer Kandidaturen zu tun hatten.



SPD-Vordenker Glotz
Ungenaue Drohungen

Nach einem langen Gespräch mit dem Ehrenvorsitzenden Willy Brandt beschwor Rau den Ideenspender Klose im Beisein von Engholm und Lafontaine, das Reizthema zu beenden. Der aber läßt sich bislang nicht einschüchtern.

Längst machen sich führende Sozialdemokraten Gedanken, warum sich der neue Bonner Oppositionsführer so hartnäckig um Person und Bestallung des Kanzlerkandidaten kümmert.

Der Verdacht kursiert, Klose habe den zaudernden Engholm bereits als Strahlemann für 1994 abgeschrieben und wolle ihn zum Verzicht bewegen. Mit dem Urwahl-Vorschlag bestreitet Klose den Primat des Parteivorsitzenden auf die Kanzlerkandidatur. Er eröffnet die öffentliche Hitparade mehrerer Bewerber.

Spätestens nach einem Diner zu zweit in seinem Bonner Heim hat sich bei Klose der Eindruck verfestigt, daß Engholm kein nachhaltiges Interesse an der Kanzlerkandidatur hat. Seither peinigt den Vogel-Nachfolger der Horror vacui – die Sorge, die SPD stehe nach der schleswig-holsteinischen Landtagswahl, für die sich Engholm die absolute Mehrheit der Mandate zum Ziel gesetzt hat, ohne Kohl-Herausforderer da: „Wenn wir eine Truppe von Leuten sind, die nicht Kanzlerkandidat werden wollen, wird uns auch niemand glauben, daß wir 1994 gewinnen wollen."

Bislang hat auch der zweite potentielle Anwärter, Oskar Lafontaine, alle Ambitionen, ein zweites Mal gegen Kohl anzutreten, hinter Loyalitätsbekundungen für Engholm verborgen.

Klose kreidet dem Saarländer zwar immer noch an, im vorigen Wahlkampf

* Im Mai 1991 in Bremen nach Engholms Wahl zum Parteivorsitzenden.

nicht emphatisch genug die deutsche Einheit gepriesen zu haben. Aber zugleich hält er für den Saarländer das höchste politische Prädikat bereit, das er zu vergeben hat: Der sei „unterscheidbar" von allen anderen.

Den Saarländer hat Klose keineswegs abgeschrieben. Lafontaine müsse sich nur dazu bequemen, öffentlich Fehler im Einheitswahlkampf einzugestehen. Dann könne er rasch wieder zum Matador der Sozialdemokraten aufsteigen.

Für den Kieler Ministerpräsidenten äußert Klose Sympathie aus einem eher lapidaren Grund: „Der kommt in der Öffentlichkeit gut an."

Engholm hätte sich jedoch längst erklären müssen, meint Klose. Ein Kandidat, der befürchte, zu früh antreten zu müssen, solle sich erst gar nicht melden. Folgerichtig reiht er sich selber in den Kreis der denkbaren Prätendenten ein – und kassierte hie und da sogar Beifall. Der Berliner Momper hält „nichts von dieser Herumtaktiererei nach dem Motto: ‚Erst mal die Landtagswahlen abwarten.' Wer meint, er sei es, der kann das klar sagen, so wie Klose das getan hat".

Klose und Engholm sind einander nicht sonderlich wohlgesonnen. Der Kieler hätte Herta Däubler-Gmelin als Oppositionsführerin bevorzugt.

Klose wiederum hat Engholm einiges nicht vergessen. Der Parteichef hatte ihm – da war der Hamburger noch Schatzmeister – den Youngster Blessing als Geschäftsführer vor die Nase gesetzt. Auch die Nachfolgerin im Kassierer-Amt Inge Wettig-Danielmeier setzte Engholm gegen Kloses Willen durch.

Im Klose-Lager werden bereits erste Wirkungen des subtilen Terrors gegen den Parteivorsitzenden registriert. Engholm hatte kürzlich auf die Mahnung, der Kanzlerkandidat solle schon im Jahre 1992 ausgerufen werden, verärgert geantwortet: Wenn die Partei dies wünsche, könne er sich schon vor der schleswig-holsteinischen Landtagswahl im April festlegen – eine Umschreibung für Verzicht.

Engholm beließ es bisher bei ungenauen Drohungen. Das Sitzungsprotokoll des Parteipräsidiums vom 9. Dezember hält seine Ausführungen fest:

> Keiner verstehe, wenn jetzt aus Kreisen der Führung der Partei zu dieser Frage, wie in den letzten Tagen, Stellung genommen werde. Damit werde sein Image und das der SPD in Schleswig-Holstein beschädigt, und er könne sich gezwungen sehen, eine Entscheidung noch vor dem Wahltag in Schleswig-Holstein herbeizuführen.
>
> Allen müsse klar sein, daß die Rechnung nicht ohne den Wirt zu machen sei, und der Wirt, der sei er. Wenn die Welle so weiterlaufe, werde es so sein, daß der Betroffene eine Entscheidung dann möglicherweise zur falschen Zeit treffen müsse.

Engholms Freund und Berater, der Europa-Abgeordnete Gerd Walter, redete im Parteivorstand Klartext: Wenn die Landtagswahl für die Sozialdemokraten im April schiefgehe, liege das erstens an der fatalen Diätendiskussion im benachbarten Hamburg – und „zweitens an Klose".

Energie

Ertragreiche Quelle

Wirtschaftsminister Möllemann wollte die Strompreise drücken – nun steigen sie kräftig.

Wirtschaftsminister Jürgen Möllemann schickte einen Energieexperten in die letzte Bundesratssitzung des alten Jahres. Eindrucksvoll, so schien es, appellierte sein Parlamentarischer Staatssekretär Klaus Beckmann an die Länder, doch endlich eine längst überfällige Stromverordnung zu verabschieden.



Minister Möllemann: Schlechte Karten



Strom-Umspannwerk (in Gießen): Die Länderfürsten waren den Bonnern gern gefällig, vom 1. Januar an ist das Paragraphenwerk wie gewünscht in Kraft. Doch was wie ein Erfolg des Wirtschaftsministers aussieht, ist – nach einjährigem Hickhack – in Wahrheit eine krachende Bauchlandung.

Möllemann war angetreten, die Strom- und Gaspreise zu senken. Nun wird die Elektrizität für Privathaushalte teurer, in Bayern und Niedersachsen sogar um 10 bis 15 Prozent. Möllemann wollte Strom- und Gasproduzenten die Abgabenlast erleichtern, auf Kosten der Gemeinden. Nun wird die Last fast verdoppelt.

Der Wirtschaftsminister selbst muß einen empfindlichen Verlust an Ansehen hinnehmen. Großsprecherisch hatte er den Wirtschaftsministern der Länder Anfang 1991 zugesagt, ihre Wünsche durchzusetzen. Jetzt scheiterte er am Widerstand der Gemeinden, seines Gegenspielers Theo Waigel und des Bundeskanzlers.

Der vielgerühmte politische Instinkt des Liberalen hat versagt: Er ließ sich von einem beamteten Experten, „einem wildgewordenen Ministerialrat" (so der Stuttgarter Oberbürgermeister Manfred Rommel), in eine Schlacht treiben, die niemals zu gewinnen war.

Begonnen hatte Möllemanns Debakel mit einer Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichtes von Ende 1990. Die Richter hatten sich mit der bis heute geltenden „Konzessionsabga-